

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1,20 M. Eintrags- und Postgebührenliste Nr. 6452

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gelbtenen Kolonnen-Zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Wey. Druck von C. A. J. Meißner & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 8002.

Warnende Zeichen.

Mit einem Eifer, den man vorbildlich nennen könnte, wenn er für eine bessere Sache entwickelt würde, sind die Unternehmerorganisationen und die Unternehmerzeitungen Deutschlands bemüht, jedem sozialpolitischen Fortschritt den Weg zu verfrachten. Bei dem großen Einfluß, den sie besitzen, den weitreichenden Verbindungen, über die sie verfügen, und — nicht zuletzt — dem großen Geldbeutel, aus dem sie schöpfen dürfen, können sie sich mit Erfolg jeder „Neuorientierung“, die ihnen nicht gefällt, wirksam entgegenstemmen, ohne selbst dabei allzusehr in den Vordergrund zu treten. Genosse Winnig hat diese planmäßige reaktionäre Unternehmerarbeit kürzlich sehr richtig „Sozialpolitischer Minenkrieg“ genannt. Nicht nur die Bezeichnung dieser Politik ist richtig, auch was Winnig zu ihrem Inhalt und über ihren Zweck schreibt, ist beherzigenswert. Es heißt in dem Artikel:

„Im deutschen Unternehmertum herrscht seit einigen Monaten eine emsige Tätigkeit. Die großen Verbände halten Zusammenkünfte ab, beraten wichtige öffentliche Angelegenheiten, setzen Studienausschüsse ein, fassen Beschlüsse, senden Bitt- und Denkschriften an die verschiedensten Behörden. Es ist das eine Tätigkeit, von der die Öffentlichkeit nicht viel bemerkt, da sie, wenn überhaupt, so nur in der Fachpresse der Unternehmer einen öffentlich sichtbaren Ausdruck findet. Seit einigen Monaten hat man es dort besonders darauf abgesehen, die Gewerkschaften herabzusetzen. Kritische Äußerungen aus Gewerkschaftskreisen über die Maßnahmen der Politik, über die Haltung behördlicher Organe, über die Wahrscheinlichkeit neuer wirtschaftlicher Kämpfe nach dem Kriege werden gefürchtbar zusammengestellt. Der Zweck der Werbung ist, die Gewerkschaften zu verächtlichen, sie als „undeutsch“ und als „national unzuverlässig“ hinzustellen. Bei alledem liegen aber ganz bestimmte Absichten zugrunde.“

Die Gewerkschaften haben sich Vertrauen und Wertschätzung erworben, so man ihnen früher feindseliges Mißtrauen entgegenbrachte. Man ist in diesen Kreisen bereit, bei der Lösung wichtiger sozialer Aufgaben mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Das gilt es zu verhindern. Es handelt sich dabei für die leitenden Kreise des Unternehmertums weniger um den Grundgedanken, als um die Sicherung der Unternehmerzwecke auf ganz bestimmten Gebieten. Eins dieser Gebiete ist die Arbeitsvermittlung, wo das Unternehmertum gesetzgeberische Maßnahmen befürchtet, die seiner unbeschränkten Machtstellung auf dem Arbeitsmarkt gefährlich werden könnten. Schon allein die Bemühung, vorerst nur während des Krieges im Staatsinteresse mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, hat dort gründlichstes Mißbehagen hervorgerufen. Der Gedanke, es dauernd tun zu müssen und dadurch die Herrschaft über den Arbeitsmarkt zu verlieren, die ein so gutes Mittel zur Förderung der gelben Vereine geworden ist — der Gedanke ist ihnen vollends unerträglich. So arbeitet man nun im stillen mit Eingaben und Denkschriften und jetzt daneben den ganzen bewährten unterirdischen Apparat in Bewegung, um maßgebende Stellen für den Unternehmerstandpunkt zu gewinnen.

Daneben macht man nachdrücklich gegen den weiteren Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung kriegsbereit. Die aus dem Kriegszustand herrührende Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit läßt die bestehenden Schutzbestimmungen (Verbot der Nachtarbeit, Begrenzung der täglichen Arbeitszeit auf höchstens 10 Stunden) als lästig empfinden, man strebt in einigen Industrien eine Lockerung an. (Eine solche Lockerung ist für die Kriegszeit bereits durch das Rotgesetz vom 4. Aug. 1914 geschaffen. Red. d. „Prolet.“) Diesen Bestrebungen kommt die finanzielle Lage des Reichs sehr gelegen. Unter Hinweis auf die vom Reichsfinanzsekretär angekündigten Steuern fordert man in gewissen Unternehmerkreisen die Tugend der öffentlichen Sparbarkeit und gibt deutlich zu erkennen, daß sie sich vor allem bei den sozialpolitischen Aufwendungen zu bewähren habe. Wie weit vorausschauend das Unternehmertum seine Vorbereitungen trifft, zeigen die vielen Zusammenkünfte, die sich mit der Regelung der künftigen Handelsbeziehungen befassen und eine emsige Kleinarbeit leisten, die mindestens den Vorteil bietet, daß die Unternehmervertreter in den Gesetzgebungs- und Verwaltungskörperschaften von vornherein eine feste Grundlage für ihre Ziele haben.

In welchem Geist diese ganze Arbeit gehalten ist, lassen die Beschlüsse erkennen, die vor einigen Wochen eine Konferenz der rheinischen und süddeutschen Eisen- und Stahlindustriellen zur Frage der Kriegsbeschädigten-Fürsorge gefaßt hat. Es heißt in diesen Beschlüssen, daß man diese Fürsorge am besten den Industriellen allein überlasse, daß die Einmischung von Behörden, Gewerkschaften und sogenannten parteilichen Organen unerwünscht sei und daß man auch eine tarifliche Regelung der Kriegsbeschädigten-Löhne ablehnen müsse.

Man muß sich darüber klar werden, was dies heißt. Die Zahl der Kriegsbeschädigten, die nach dem Kriege im Gewerbe und Industrie unterzubringen sind, wird sicher in die Hunderttausende gehen. Aber für die Entlohnung dieser Massen soll einzig und allein das Unternehmertum zuständig sein. Weber Behörden, noch Gewerkschaften, noch gemeinnützige Vereine sollen sich darum kümmern dürfen. Das heißt nicht nur, daß die Kriegsbeschädigten

auf Gnade und Ungnade den Unternehmern ausgeliefert sind, sondern wird auch darauf hinauslaufen, daß die recht- und schuldlosen Kriegsbeschädigten in die Gefahr kommen, als Lohnbrüder mißbraucht zu werden. Wenn die Unternehmerorganisationen reine Absichten hätten, was könnte sie dann bewegen, die tarifliche Regelung der Entlohnung für die unglücklichen Opfer des Krieges abzulehnen und die Mitwirkung nicht nur der gemeinnützigen Vereine und Gewerkschaften, sondern sogar der Behörden zurückzuweisen?

Die Hinweise Winnigs ließen sich noch sehr mannigfach ergänzen. So besonders zu der von ihm zuletzt erwähnten Stellung der Unternehmerorganisationen zur Kriegsbeschädigten-Entlohnung. Bezeichnend ist z. B. die Äußerung des bayerischen Industriellenverbandes zu einer Eingabe der General-Kommission der Gewerkschaften an die bayerische Regierung, die sich gegen die Bestrebungen wendet, Kriegsbeschädigte als Lohnbrüder zu gebrauchen. Der Verband der Industriellen, dem die Regierung die Eingabe zur Rückäußerung unterbreitete, lehnte die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Festsetzung der Löhne für Kriegsbeschädigte „entschieden“ ab und erklärte darüber hinaus: „Die Forderung der Gewerkschaften, daß den erwerbsbeschränkten Arbeitern der volle Lohn bzw. die vollen Tarifsätze zu bezahlen seien, ist unerfüllbar...; würde das Verlangen der Gewerkschaften auf vollen Lohn für Arbeiter mit verminderter Leistung aufrechterhalten werden, so würde die Industrie die Einstellung der Kriegsverletzten mit verminderter Arbeitsfähigkeit ablehnen müssen.“

Diese Antwort sucht die Auffassung zu erwecken, als forderten die Gewerkschaften die Annahme der Tarifsätze ganz allgemein, obwohl sie sie nur bei Stücklohn fordern, weil dabei die verminderte Leistungsfähigkeit des Verletzten in der Menge der geleisteten Arbeit und damit auch im Lohn zum Ausdruck kommt. Die Unternehmer wollen aber auch das nicht. Die „Arbeitgeberzeitung“ hat das kürzlich offen zugegeben; sie meinte, wenn der Kriegsbeschädigte mehr Zeit für dieselbe Arbeit gebrauche, wäre er die Maschinen nicht so aus und müsse deshalb auch einen geringeren Akkordjahrlohn bekommen. Wohin das führen würde, hat Winnig in den oben zitierten Ausführungen schon gesagt.

Der oben erwähnte bayerische Industriellenverband hat kürzlich auch einen nicht eben schätzenswerten Beitrag zu der von Winnig gekennzeichneten Angst vor der Sozialpolitik geliefert. In dem Bericht für das Jahr 1915 schreibt nämlich der Syndikus des Verbandes:

„Die deutsche Industrie darf und wird sich nicht auf einen absolut verneinenden Standpunkt stellen, aber sie wird sich auch nicht scheuen, in denjenigen Fällen, in denen ihr die gemachten Vorschläge praktisch schädlich oder undurchführbar erscheinen, ihren sachlichen Standpunkt mit allem Nachdruck zu vertreten. Die finanziellen Verhältnisse nach dem Kriege werden von selbst dazu führen, daß sich die führenden politischen Kreise mit Bezug auf soziale Maßnahmen eine gewisse Beschränkung auferlegen. Immerhin geht aus allen Äußerungen politischer Führer hervor, daß sich zwei Projekte sicher zu rechnen sein wird: der Arbeitslosenversicherung und der Zentralisierung des Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage unter Ausschaltung aller anderen Arten von Arbeitsnachweisen. Was jährlich gegen diese Projekte vorgebracht werden kann, ist schon vor dem Kriege von den industriellen Verbänden in ausführlicher Weise behandelt worden; an den Anschauungen der Industrie hierüber kann sich nichts ändern, da diese Ansichten ausschließlich auf sachlichen Erwägungen beruhen.“

Das heißt, die Unternehmer werden diese beiden Projekte mit allen Mitteln bekämpfen wie früher auch. Ob auch mit demselben Erfolg, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Kraft und welchen Einfluß die organisierten Arbeiter nach dem Kriege für ihre Forderungen einsetzen können.

Noch ein neuer Beitrag zu diesem Kapitel ist ein Rundschreiben, das der Verband Südwestdeutscher Industrieller kürzlich an seine Mitglieder versandte und das zugleich ein eigenartiges Licht auf die Tätigkeit des bayerischen Gewerbeaufsichtsamts wirft. Dieses Amt erstreckt nämlich in einem Schreiben den Verband Südwestdeutscher Industrieller, seinen Mitgliedern die Beschäftigung der Angehörigen während des Krieges an den bisher freien Sonnabendnachmittagen zur Pflicht zu machen. Der Unternehmerverband kam diesem Ersuchen sofort nach. Wenn eine solche Aufhebung einer an sich begründeten Maßnahme auf Unternehmungen beschränkt wird, in denen sie infolge des Krieges erwünscht oder notwendig erscheint, mag es hingehen, aber daß sie ganz allgemein erfolgen soll, ist bedauerlich und bedenklich; vor allem deshalb, weil gar keine Gewähr dafür gegeben ist, daß nach Beendigung des Krieges der frühere Zustand wiederhergestellt wird.

So fügen die Unternehmer unablässig und unermüdet ein Steinchen an das andre zu einem Schutzdamm gegen die von ihnen gestiftete sozialpolitische Ueberspannung nach dem Kriege. Die Organisationen der Arbeiter sind zwar eifrig bemüht, das Dreden der Unternehmer zu hören, aber ihre Tätigkeit entbehrt der gerade

jeht doppelt nötigen Einheitslichkeit. Das Zusammenwirken der Gewerkschaftsrichtungen ist immer noch mehr Ideal als Wirklichkeit, und das Zusammenwirken der freien Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei ist jetzt schon deshalb wenig geeignet, den Einfluß der Arbeiter zu stärken, weil die Partei zurzeit ihre beste Kraft in inneren Kämpfen verbraucht. Um so mehr Anlaß haben die Gewerkschaften, ihre eigenen Kräfte zusammenzufassen und jeder Spaltung der Arbeiterbewegung, gleichgültig von wem und unter welcher Begründung sie empfohlen wird, entgegenzutreten. Die Zeit nach dem Kriege wird uns, dafür sprechen alle Anzeichen, vor so viel harte und schwere Aufgaben stellen, daß die Zusammenfassung aller Kräfte jetzt nur ist als je zuvor.

Gewerkschaftliche Kämpfe und Erfolge im Jahre 1914.

Die zusammenfassenden Ergebnisse der Erhebung über die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1914 werden in der statistischen Beilage zu Nr. 6 des „Korrespondenzblattes“ veröffentlicht. Daß die Zahlen später als in früheren Jahren herauskommen, ist wohl eine Folge des Krieges, der ja nicht nur die Bedingungen für die Erhebung, sondern auch die für die Bearbeitung der Statistik beeinflusst.

Im „Korrespondenzblatt“ wird zunächst über die wirtschaftlichen Kämpfe während der Kriegszeit kurz berichtet. Es heißt dazu: „Bei Ausbruch des Krieges wurden seitens der organisierten Arbeiterklasse alle Lohnbewegungen, Angriffs- und Abwehrstreiks abgebrochen. Schon in der Konferenz am 2. August 1914 erklärten die Vertreter der Verbandsvorstände, daß dies als selbstverständlich zu gelten habe. In der Konferenz am 17. August 1914 wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der Angriffsstreiks nur in den dringenden Fällen seitens der Verbandsvorstände genehmigt werden sollten, und Streiks in Betrieben, in denen Mitglieder verschiedener Verbände tätig sind, nur unter Zustimmung aller beteiligten Verbandsvorstände erfolgen dürfen. Nicht, daß die Konferenz der Meinung war, daß durch den Krieg die wirtschaftlichen Gegensätze, die eine natürliche Folge der privatkapitalistischen Produktion sind, aufgehoben würden, sondern weil zu erwarten stand, daß sie leichter als zu normalen Zeiten einen Ausgleich finden würden. Es wurde bei der Beratung des Gegenstandes besonders betont, daß, mehr noch als sonst, versucht werden müsse, Differenzen durch Verhandlungen beizulegen und ebenneinlich hierfür auch die Hilfe der amtlichen Stellen in Anspruch zu nehmen.“

Trotzdem waren die wirtschaftlichen Kämpfe nicht völlig zu vermeiden. Einzelne Unternehmer faßten die Lage so auf, daß die drohende Arbeitslosigkeit die Arbeiter veranlassen würde, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen hinzunehmen, die in anderen Zeiten den heftigsten Widerstand gefunden hätten.“ Es wird dann berichtet, daß in den fünf Kriegsmonaten des Jahres 1914 nach der gewerkschaftlichen Statistik 16 Kämpfe stattfanden, an denen 1095 Personen beteiligt waren. Die amtliche Statistik bezeichnet für dieselbe Zeit 24 Streiks mit 1126 beteiligten Personen. Von den durch die gewerkschaftliche Statistik erfaßten 16 Kämpfen waren 5 Angriffsstreiks, 9 Abwehrstreiks und 2 Ausperrungen. Die amtliche Statistik erklärt, Ausperrungen hätten von August bis September 1914 nicht festgestellt.

Nach dem Bericht im „Korrespondenzblatt“ sind die höheren Zahlen der amtlichen Statistik nicht etwa auf größere Vollständigkeit zurückzuführen, es fehlen vielmehr in der amtlichen Statistik fast alle in der gewerkschaftlichen Statistik aufgeführten Kämpfe. Von den in der gewerkschaftlichen Statistik verzeichneten Arbeitseinstellungen sind nur zwei auch in der amtlichen zu finden. Daß die amtliche Statistik trotzdem höhere Zahlen ausweist, erklärt sich wohl daraus, daß in den ersten Kriegsmonaten vielfach auch ganz unorganisierte Arbeiterschaften gegen die damals vielfach üblichen Lohnkürzungen rebellierten. Die amtliche Statistik ist aber nicht bloß unvollständig, sondern obendrein irreführend. Im „Korrespondenzblatt“ wird das für die Kriegszeit nachgewiesen an einem Lohnkampf, den unser Verband mit der Papierfabrik Hermes in Düsseldorf zu führen hatte. Die amtliche Statistik bezeichnet diesen Kampf als einen Angriffsstreik, die gewerkschaftliche als eine Ausperrung. Welche Bezeichnung richtig ist, mag folgende Darstellung zeigen, die im „Korrespondenzblatt“ nach dem einwandfreien Bericht unseres Verbandsorgans wiedergegeben wird: „Schon zu Beginn des Krieges brach die Direktion des Betriebes den Vertrag, der am 1. Oktober d. J. abließ, indem sie den Arbeitern einen Lohnabzug von zehn Prozent auferlegte. Es gelang nur, den Lohnabzug auf 10 Prozent herabzubringen. Selbst auch die so herabgesetzten Löhne wollte die Firma nicht zahlen. Die Arbeiter der Hülländerabteilung verlangten nun von der Firma ihren zehnjährigen Lohn. Der Herr Direktor erklärte, daß die Arbeiter nach Hause gehen könnten, er schliesse den Betrieb; dem folgten die Arbeiter. Am folgenden Tage versuchte der Arbeiterausschuß durch Verhandlungen die Differenzen beizulegen. Dem Ausschuss wurde von dem Direktor erklärt: Die Arbeiter seien entlassen, wer aber ansetzen wolle, könne anfragen, jedoch müsse der Ausschuss aus dem Verbandsrat schriftlich erklärt werden. Die Arbeiter lehnten das ab.“ Aus diesem Konflikt

einer Angriffswelle zu machen, ist mehr, als man selbst in normalen Zeiten von den Unternehmern erwarten dürfte. Den amtlichen Stellen dürfte dieser Fall zur Genüge beweisen, wie dringend notwendig es ist, der amtlichen Streikstatistik die gegen die Arbeiter gerichtete Tendenz zu nehmen und sie zu einer wissenschaftlich einwandfreien Uebersicht über die wirtschaftlichen Kämpfe zu gestalten.

So viel über die Bewegungen in den 5 Kriegsmoenten. Die Zahl der Lohnbewegungen und Lohnkämpfe im ganzen Jahr 1914 ist naturgemäß, eben weil eigentlich nur 7 Monate des Jahres dafür in Betracht kommen, viel geringer als in den Jahren vorher. Vergleiche mit den Vorjahren sind deshalb nicht möglich. Es wurden im Jahre 1914 insgesamt 4866 Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung geführt, an denen 363 040 Personen beteiligt waren. (Das Jahr 1913 weist dagegen 9972 Bewegungen mit 1 214 523 Beteiligten auf.) Die gesamteten Bewegungen des Jahres 1914 erstreckten sich auf 26 248 Betriebe mit 603 420 darin beschäftigten Personen. Von den Bewegungen endeten 3460 mit 204 935 Beteiligten erfolgreich, 843 mit 100 253 Beteiligten teilweise erfolgreich und 554 mit 55 991 Beteiligten erfolglos. Von 9 Kämpfen blieb der Ausgang unbekannt.

Durch die Bewegungen erzielten insgesamt 297 600 Personen einen Erfolg durch eine Verbesserung oder durch die Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Es wurde erreicht für 50 827 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 139 186 Stunden pro Woche und für 195 293 Personen eine Lohn-erhöhung von insgesamt 360 818 Mark pro Woche. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden für 102 496 Personen erzielt. Abgewehrt wurde für 7294 Personen eine beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 23 721 Stunden und für 29 274 Personen eine Lohn-herabsetzung von insgesamt 73 833 Mark pro Woche. Für 30 492 Personen konnten sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückgewiesen werden. 713 Personen mußten sich eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 2972 Stunden, 1298 eine Lohnherabsetzung von insgesamt 4391 Mark pro Woche und 498 sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gefallen lassen. Tarifverträge wurden im Anschluß an diese Kämpfe in 147 307 Fällen für 146 307 Personen abgeschlossen. Die gesamten Ausgaben für die Kämpfe betragen 4 907 877 Mark.

Von den 4866 Bewegungen wurden 3457 = 71 Prozent mit 266 359 Beteiligten auf friedlichem Wege erledigt. Von diesen Bewegungen hatten 2650 mit 160 075 Beteiligten einen vollen und 647 mit 83 303 Beteiligten einen teilweisen Erfolg. 160 Bewegungen mit 22 981 Beteiligten blieben erfolglos. In 2712 Fällen handelte es sich um eine An- griffs- und in 745 Fällen um eine Abwehrbewegung.

In 1409 Fällen = 29 Prozent kam es zu Arbeits- einstellungen, von denen insgesamt 96 681 Personen, darunter 14 179 weibliche, betroffen wurden. Von diesen Kämpfen waren 776 = 55,1 Prozent Angriffskämpfe, 517 = 36,7 Prozent Abwehrkämpfe und 116 = 8,2 Prozent Aus- scheidungskämpfe. Während sich der Anteil der Streiks an den Gesamt- kämpfen gegen das Vorjahr um 4,8 bzw. 3,4 Prozent erhöhte, ging der der Aussparungen von 16,4 auf 8,2 Prozent zurück. Von den an der Arbeitseinstellung beteiligten Personen kamen 38 946 auf die Angriffskämpfe, 29 823 auf die Abwehrkämpfe und 27 912 auf die Aussparungen. Gemessen an der Zahl der Fälle waren die Aussparungen erheblich umfangreicher als die Streiks. Von den 1409 Kämpfen endeten 810 = 57,5 Prozent mit 44 860 Beteiligten erfolgreich, 196 = 13,9 Prozent mit 16 950 Betei- ligten teilweise erfolgreich und 394 = 28 Prozent mit 33 010 Beteiligten erfolglos. Der Ausgang der Kämpfe ist erheblich un- günstiger als 1913, wo nur 19,5 Prozent derselben erfolglos blieben, während 63,8 Prozent erfolgreich und 16,6 Prozent teil- weise erfolgreich waren. Des ungünstigeren Verhältnisses im Jahre 1914 ist auf den Kriegszustand zurückzuführen. Es mußten damit 12 Kämpfe resultatlos abgebrochen werden, die im weiteren Verlauf wohl zum erheblichen Teil noch zu einem Erfolg geführt hätten.

Die Kämpfe des Jahres 1914 erforderten eine Ausgabe von 1 738 473 Mark. In der folgenden Tabelle ist zusammengefaßt, wie sich die Erfolge der Kämpfe auf die einzelnen Arten der Kämpfe verteilen.

Art der Bewegung	Zusammenfassung der Bewegung			
	erfolgr.	teilweise	erfolglos	unbekannt
	Fälle	Fälle	Fälle	Fälle
Bewegung ohne Arbeitseinstellung	2650	647	160	—
Ausparungen	53	125	191	1
Aussparungen	205	35	154	2
Aussparungen	31	16	46	3

Wie in den früheren Jahren, so erfüllt auch im Jahre 1914 der erhebliche Teil der Erfolge auf die friedlich ver- laufenden Bewegungen. Daß die mit Arbeits- einstellungen verbundenen Kämpfe hatten insgesamt 62 994 Personen einen Erfolg. Es wurde erreicht für 9052 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 21 760 Stunden pro Woche, für 33 362 Personen eine Lohn-erhöhung von insgesamt 73 833 Mark pro Woche und für 21 257 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Abgewehrt wurde für 1132 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 1120 Stunden pro Woche, für 12 338 Personen eine Lohn- herabsetzung von insgesamt 29 933 Mark pro Woche und für 17 760 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In 354 Fällen kam es zum Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 25 454 Personen.

In Verhältnis zu den durch Bewegungen ohne Arbeits- einstellungen erzielten Erfolgen sind die Erfolge der Streiks gering. Diese Tatsache darf jedoch nicht zu der Auffassung führen, daß die Streiks überhaupt überflüssig, nutzlos, ja schädlich seien, weil der Erfolg nicht in reinen Prozenten, sondern in absoluten Zahlen gemessen werden muß. Die Streiks sind die wirksamsten Bewegungen der Arbeiter, weil sie die größten Erfolge ohne Streiks nicht hätten werden können, wenn nicht die Unternehmer den Streiks nachgäben. Die Erfolge der friedlichen Bewegungen sind zum überwiegenden Teil indirekte Früchte der ge- führten Streiks. Selbstverständlich wäre es den Gewerkschaften viel lieber, wenn sie die unmittelbare wirtschaftliche

des Streiks nicht anzuwenden bräuchten, wenn die Unternehmer die Arbeiter ohne weiteres als gleichberechtigte Faktoren im Ar- beitsvertrag anerkennen und ihren Wünschen und Beschwerden ohne Druck und Zwang Rechnung tragen würden. Darin ist aber- gar nicht zu denken. Und nach dieser Richtung sind die Hoffnungen auf das „Umlernen“ der Unternehmer haben sich mir allzu schnell als trügerisch erwiesen. Das kommt auch im „Korrespondenzblatt“ zum Ausdruck. Es heißt da am Schluß des Berichtes, nachdem betont wird, daß die Gewerkschaften nicht zur Arbeitsüberlegung greifen, weil sie an dieser Freude haben, sondern nur dann, wenn alle Mittel friedlicher Verhandlung ver- sagen: „Nach den Äußerungen, die während der Kriegszeit aus dem Unternehmerlager, besonders von den Kapitalmagnaten der Schwerindustrie in Rheinland-Westfalen kamen, scheint es, als wenn es auch für die Zukunft dabei bleiben soll, daß die Gewerks- chaften ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeits- vertrages nicht haben.“

Verständlich ist diese Haltung, denn die Reichs- und Staats- betriebe haben auch während der Kriegszeit es nicht zur An- erkennung des vollen Koalitionsrechtes der dort beschäftigten Arbeiter bringen können, obgleich sie die Leistungen der Gewerkschaften während dieser schweren Zeit voll anerkennen.

Warum sollen die Unternehmer sich patriotischer zeigen als die Reichs- und Staatsbetriebe? Kommen diese nicht dazu, die Be- festigung der Gewerkschaften, bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzubestimmen, rücksichtslos anzuerkennen, werden alle schönen Beteuerungen von dem Wert und der Schätzung der gewerkschaftlichen Organisationen nichts nützen. Das Beispiel nur kann hier entscheidend wirken, denn es allein nimmt den wider- strebenden Unternehmern die Entwendungen gegen das Mit- bestimmungsrecht, gegen die Anerkennung der Gewerkschaften als die Vertretung der Arbeiterklasse. In dieses Beispiel nicht gegeben, so werden der Industrie Deutschlands in den nächsten Jahren nicht weniger, vielleicht aber umfangreichere und hart- nädigere Kämpfe nicht erspart werden, als sie in dem letzten Jahrzehntshundert geführt werden mußten. Notwendig sind sie nicht. Ungeheure Werte an Kapital und Arbeitskraft ließen sich erhalten, wenn Reich und Staat und Unternehmer ohne Ein- schränkung die Gewerkschaften nicht nur als etwas Gegebenes, sondern als etwas Notwendiges in unserm Wirtschaftsleben an- erkennen und ihnen dementsprechend gegenüberstehen. Hoffentlich bedarf es hierzu nicht der gleichen trübten Erfahrungen, wie sie in den letzten 25 Jahren gemacht sind. Für die Gewerkschaften ist diese Anerkennung unbedingt erforderlich. Wird sie ihnen nicht auf Grund der Erfahrungen, die man mit ihnen während der Kriegszeit gemacht hat, zuteil, müssen sie sie sich in der gleichen Weise wie bisher zu erkämpfen suchen.

Für den Kleinwohnungsbau.

Die General-Kommission hat unter dem 14. Januar dieses Jahres dem preussischen Abgeordnetenhaus folgende Petition betr. den Kleinwohnungsbau unterbreitet:

Die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands gestattet sich, die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten auf die dringende Notwendigkeit der Wohnungsbeschaffung nach dem Kriege zu lenken.

Welches auch immer der Ausgang des Krieges sein mag, so viel steht fest, daß aller Wahrscheinlichkeit nach besonders in den Industrie- gebieten die Wohnungsnot einen ungeahnten Umfang annehmen wird. Der schon bisher fast überall ein Mangel an kleinen, teilweise auch an mittleren Wohnungen zu verzeichnen, so wird dieser Mangel nach dem Kriege noch gesteigert werden: einmal werden zahllose Familien, die ihres Erwerbsloshaus durch den Krieg ver- loren haben, sich in die Städte drängen müssen, und zweitens werden nicht wenige jüngerer Bewohner des platten Landes dem Drange zur Wohnbevölkerung in die Städte folgen müssen. Ueber diese Zustände herrscht gar kein Zweifel. Es ist daher dringend notwendig, daß man sich schon jetzt auf den Fall des Krieges in einem solchen Umfang einrichten wird, daß dadurch der gewöhnliche Kleinwohnungsbau eine notwendige Ein- richtung ergibt. Im Gegenteil fordern eine Reihe von Gründen dafür, daß wir auch den Krieg mit einer veränderten Haltung nach Klein- wohnungen in den Großstädten zu rechnen haben werden: Die allgemeine wirtschaftliche Schwächung drängt in die Kleinwohnungen, die sich stellen der Zahl der Beschäftigten ist erfahrungsgemäß nach dem Kriege zu erwarten, der Verlust aus den bedrohten Grenzgebieten, zurückgehender Beschäftigten und schließlich der Krieg selbst in erster Linie in die Großstädte. Wenn daher nicht auf jeden Fall eine kräftige Ver- mehrung der Kleinwohnungen mit größter Eile herbeigeführt wird, so werden wir nach dem Kriege eine noch schlimmere Lage als 1870/71, so auch nach dem Kriege, mit einer heillosen Kleinwohnungs- not zu rechnen haben und allem ihrem Wohnungsbedürfnis infolge Unver- mögens der Arbeiter und Arbeiterinnen auch in den un- günstigen Umständen. Denn wir müßten wollen, daß wir die Arbeiter in über- flüssigen und überflüssigen Wohnungen unterbringen können, dann müßten wir uns zu einer solchen und durchgehenden „Wohnungskrise“ *)

Wenn das weiter nicht aufgeht, dann ist der Wohnungsbau nach dem Kriege das dringende Augenmerk der Regierung und der Bevölkerung zu sein, weil bei der zu erwartenden starken Zunahme der Bevölkerung und der Wohnungsnot nach dem Kriege ein noch schlimmerer Zustand zu erwarten ist, wenn nicht schon jetzt Maßnahmen getroffen werden, die die Wohnungsnot nach dem Kriege zu vermeiden helfen werden. Die Folge davon wird ein noch schlimmerer Zustand der Kleinwohnungsbau sein, wenn nicht schon jetzt Maßnahmen getroffen werden, die die Wohnungsnot nach dem Kriege zu vermeiden helfen werden.

Die Wohnungsnot drängt zu einer sofortigen Abhilfe. In An- erkennung dieser Tatsache hat in auch das Abgeordnetenhaus bereits in seiner Sitzung vom 14. Januar 1916 die Beschaffung von Kleinwohnungen nach dem Kriege in Betracht gezogen. Die Beschaffung von Kleinwohnungen nach dem Kriege ist eine dringende Aufgabe der Regierung und der Bevölkerung zu sein, weil bei der zu erwartenden starken Zunahme der Bevölkerung und der Wohnungsnot nach dem Kriege ein noch schlimmerer Zustand zu erwarten ist, wenn nicht schon jetzt Maßnahmen getroffen werden, die die Wohnungsnot nach dem Kriege zu vermeiden helfen werden.

*) Einmalige Wohnungsnot nach dem Kriege. Berlin 1915.

2. daß in das Kleinwohnungsweesen durch Vergabe von Darlehen zu möglichem Einfluß an Gemeinden, Gemeindevorständen, Bürgervereinen, Vereinen und private Arbeitgeber und Bauunter- nehmer, fördert über die Förderung der Kleinwohnungsbau der Gemeindeglieder zur Beschaffung von Kleinwohnungen mit Hilfe dieser Darlehen beschließen.

Durch diese Maßnahmen glauben wir ebenso zur Beseitigung des Mangels an kleinen Wohnungen und der mit der Wohnungsnot verbundenen sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahren wie zur Förderung des Volksgutes beizutragen.

Für notwendig halten wir ferner eine staatliche Unterstützung solcher Gemeinden, welche den Kleinwohnungsbau durch die Bewilligung von Darlehen, die während der Kriegszeit aus dem Unternehmerlager, besonders von den Kapitalmagnaten der Schwerindustrie in Rheinland-Westfalen kamen, scheint es, als wenn es auch für die Zukunft dabei bleiben soll, daß die Gewerks- chaften ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeits- vertrages nicht haben.

Wir empfehlen Gemeinden in Form von Mietunterstützungen an die Angehörigen von Kriegsfamilien große Läden auf sich genommen, die ihnen erleichtern zu helfen, ebenso eine Ehrenpflicht des Staates ist wie die Unterstützung der zurückkehrenden Krieger zur Wiederaufnahme ihrer während des Krieges erlittenen Mißstände. Die meisten von ihnen werden auf Jahre hinaus von dieser Last befreit werden, wenn ihnen nicht jenseits der Allgemehrheit die Hilfe zuteil wird, auf die sie für die dem Vaterlande geleisteten Dienste mit Recht Anspruch erheben können.

Endlich halten wir es für notwendig, daß die gewerblichen Faktoren mit allen Mitteln die Beschaffung von städtischen Wohnbetriebsstätten für zweite Hypotheken fördern. Wir denken uns solche Anstalten als gemeinnützige Einrichtungen mit Gemeinbürgerschaft aller Darlehensnehmer. Die Beschaffung zweiter Hypotheken wird nach dem Kriege ungleich schwieriger begegnen. Wenn zweite Hypotheken überhaupt von pri- vater Seite gegeben werden, so wird der Zinssatz in der Regel ein so hoher sein, daß schon allein dadurch die Wohnungsverhältnisse ganz wesentlich verteuert werden müssen.

Aus der Industrie

Weibliche Maschinengehilfen.

Wir haben schon mehrere Male auf die Versuche der Unter- nehmer hingewiesen, den Mangel an geübten Maschinengewerkschaftern durch Anwerbung von Arbeiterinnen zu beheben, und immer wieder gegen deren Beschäftigung an den Maschinen protestiert, und zwar wegen der damit verbundenen Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiterinnen. Selbst die Berufsvereine haben es für zu gewagt gehalten, ihre Zustimmung zur Beschäftigung von Arbeiterinnen an Papier- und Rappenmaschinen offiziell zu erteilen; sie hat die Genehmigung in jedem einzelnen Falle von der Zustimmung der Gewerbeinspektionen abhängig gemacht. Man erhalten die Unternehmer von einer Seite Hilfe, von der sie eine solche wohl am wenigsten erwartet haben. Der Krieg hat viele ehemalige Papierarbeiterinnen, deren Männer zum Heer eingezogen wurden, gezwungen, sich Verdienst zu suchen, und so die Zahl der stellung- suchenden Arbeiterinnen erhöht. Selbst Beamten- und Ange- stellterfrauen sind gezwungen, sich Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ suchte z. B. kürzlich eine Saalmesterfrau, deren Mann im Kriege ist und die selbst einige Jahre als Saalmesterin tätig war, Stellung. Derartige Anzeigen deuten allerdings nicht auf eine besondere Opferwilligkeit des Unternehmers, bei dem der Saalmester vor seinem Einzug zum Heeresdienst tätig war.

Zu dem Angebot von Arbeiterinnen, die der Industrie bereits den Rücken gekehrt hatten, kommt eine beschränkte Geschäfts- konjunktur infolge Wegfalls der sehr bedeutenden Ausfuhr, Mangel an vielen Roh- und Betriebsstoffen und Mangel an geübten männ- lichen Arbeitskräften. Infolgedessen ist ein Ueberangebot an weiblichen Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt vorhanden; kamen doch im November 1915 auf 100 offene Stellen 175 weibliche Stellenjüngende, dagegen nur 75 männliche. Die Folgen dieses Ueberangebots weiblicher Arbeitskräfte machen sich in deren Lohn- und Arbeitsverhältnissen unangenehm bemerkbar. Die herrschende Lebensmittelpreiserhöhung zwingt die Arbeiterinnen, sich in ihrer bitteren Not zu Arbeiten zu drängen, die sie in Friedenszeiten nicht von sich gewiesen hätten. Sie leisten dadurch ungewollt, nur der Not gehorchend, dem Unternehmertum Zureicherdienste in dessen Be- streben, die männlichen Maschinengewerkschafter durch Arbeiterinnen zu ersetzen; sie opfern dadurch, getrieben im Kampf ums tägliche Brot, dem Kapitalismus Leben und Gesundheit. In Nr. 2 des „W. f. P.“ finden wir folgende Anzeige:

Welche Papierfabrik stellt Kriegerfrau ein?
Diese ist 15 Jahre beim Jag als Ver- arbeiteterin, Maschinenführerin, Zählerin und Sortiererin tätig und mit allen andern Ar- beiten im Papierfabrikat vertraut. Sie kann auch als Gehilfin am Querschneide- und Roll- apparat arbeiten. Gute Penninge stehen zu Diensten. Alter 35 Jahre.

Nun können die Anhänger der Maschinenbedienung durch Frauen triumphieren, können sie doch darauf verweisen, daß es die Frauen selbst sind, die sich zur Maschinenarbeit anbieten. Trotzdem wird ein gewissenhafter Unternehmer, dem Leben und Gesundheit seiner Arbeiterinnen am Herzen liegt, deren Not nicht ausbeuten und sie nicht an Rollmaschinen beschäftigen, die, wie unsere modernen Koller, mit einer Geschwindigkeit bis zu 300 Meter in der Minute laufen. Selbst einem Laien wird es einleuchten, daß Maschinen mit solch rasenden Geschwindigkeiten von Arbeiterinnen nicht bedient werden dürfen, selbst dann nicht, wenn die Arbeiterinnen in ihrem Streben nach dem täglichen Brot sich selbst zur Bedienung der Maschinen anbieten.

Wir hoffen nach wie vor, daß die Fabrikinspektionen der Be- schäftigung von Frauen an diesen Maschinen ein gebieterisches Halt zurufen in der Ueberzeugung, daß sie Leben und Gesundheit der Arbeiterinnen zu schätzen haben.

Ein mitleidender Unternehmer.

Trotz der gewaltigen Preissteigerungen aller Lebens- und Bedarfs- artikel während der Kriegszeit sind die Löhne der Arbeiterklasse nur ver- einzelt gestiegen. Mit Ausnahme der für Kriegsbedarf tätigen Industriellen haben die Arbeiter kaum nennenswerte Lohnsteigerungen erreicht, oftmals noch Lohnsenkungen mit in Kauf nehmen müssen. Anders die Unternehmer. Sie haben sich durch Preissteigerungen ihre Reichertümer auf die Kosten der Arbeiter verschafft, was ihnen auch in den meisten Fällen glatt ge- langt. Trotzdem können die Unternehmer Kapitalgeber über die gewaltigen Preissteigerungen an, unter denen sie zu leiden haben. In Nr. 9 der „Papierzeitung“ heißt sogar ein Fabrikbesitzer nach Arbeit- beschäftigung, um nicht länger am Hungerstich wegen zu müssen, kämpfen

er dem Jahreseinkommen „Schlagzahl“ von 5000 Mk. ansetzt. Der gute Mann ist mit seinem Verdienst, der seit Beginn des Krieges eingebrochen ist und dessen Arbeit er jetzt mit bedingen muß, im Konflikt. Er rät ihm, sich für diese Arbeit nicht einmal den Stundenlohn von 1 Mk. bezahlen zu lassen, den doch jeder bessere Arbeiter verdient. Dieser Vorschlag der Herr den Namen seiner Firma. Es wäre wohl gewiß nicht uninteressant gewesen, festzustellen, inwiefern die „Schlagzahl“ mit einem Mark Stundenlohn die Firma belastet.

Im der Vertretung seines demnächstigen Rats, schlägt dieser Unternehmer Löse an, die er bei seinen Arbeitern nicht als unbillig empfinden möchte. Er schlägt vor, für die Arbeiter, die in der Fabrik eine Vergütung zu beanspruchen, läßt sich durch Verhandlung dahin auslegen, daß, die durch die außerordentlich schwierigen Kriegsverhältnisse geschaffenen Umstände ihn zum Lohnlassen nicht besser gestellten Arbeitern machen sollen. Wenn er die Arbeit für seinen Verdienst nicht zu machen brauchte, könnte er, seine freie Zeit dazu verwenden, daß er durch andere Beschäftigung einen Nebenverdienst hat, um die jetzt so außerordentlich gestiegenen Kosten des Lebensunterhalts leichter bestreiten zu können.

Uns geht weder der Streit der beiden Unternehmer noch der Ausgang derselben etwas an. Wir wollten mit den Ausführungen nur feststellen, daß die Arbeiterfrage so oft warum entzündete, notwendige Bedürfnisse in die Breite geht, sobald es sich um die Unternehmer handelt. Daß ein Unternehmer mit Frau und zwei Kindern mit 5000 Mk. Jahreslohn nicht auskommen kann und sich eine lohnende Nebenbeschäftigung suchen muß, ist auch recht beachtenswert. Wir betonen nämlich, daß derselbe Fabrikant seiner Arbeiter nicht zumutet, mit einem Viertel dieses Einkommens eine noch größere Familie zu ernähren.

Sohnforderungen in der ausländischen Papierindustrie.

Die Arbeiter der Papierfabrik in Oude-Wele in Holland hat wegen der herrschenden teuren Lohnforderungen an die Firma gestellt. Die Arbeiter hoffen, auf gütlichen Wege sich mit der Firma zu einigen.

Am 1. Februar liefen die Tarifverträge der dänischen Papierfabriken Frederiksberg in Kopenhagen, de Forenede Papirfabriker und Walby-Papierfabrik ab, die mit dem dänischen Papierindustriearbeiter-Verband abgeschlossen sind. Die Organisation der Arbeiter kündigte bei Nichtbewilligung ihrer Forderungen den Ausstand der Arbeiter ab 1. Februar an.

Mitte Januar sind die Arbeiter und Arbeiterinnen der Raberås Papp- und Tapeten-Fabrik in Schweden (Schweden) wegen der Maßregelung von drei Kolleginnen durch die Firma in den Abwehrstreik getreten.

Unsre Berufscollegen in der Papierfabrik Ukenstorf in der Schweiz erreichten eine Erhöhung des Tagelohns um 15 bis 30 Schoppen.

Unfälle in der Papierindustrie.

Der Fabrikarbeiter Galle, Vater von 6 unmündigen Kindern, wurde in der Papierfabrik Egger von der Transmissionsen erfaßt und augenblicklich getötet.

In der Kupfischen Papierfabrik in Dübendorf wurde der 38 Jahre alte Arbeiter Anton Dunda von der Transmissionsen erfaßt und mit solcher Wucht gegen ein Brett geschleudert, daß er sofort starb.

Geschäftsergebnisse aus der chemischen Industrie.

Die Gummiwarenfabrik S. Polak, A.G., in Waltershausen hat im Geschäftsjahre 1914/15 einen Reingewinn von 205 853 Mk., gegen 47 114 Mk. im vorangegangenen Jahre erzielt. Im Vorjahre wurden wegen großer ausfallender Forderungen einem Kriegserbessefonds 199 796 Mk., also der größte Teil des Bruttogewinnes, zugeführt, im abgelaufenen Geschäftsjahre wurden weitere 200 000 Mk. für diesen Zweck verwendet. Das Unternehmen, welches nach vorletzten Jahren in finanziellen Schwierigkeiten steckte, hat sich in der Kriegszeit tüchtig erholte und konnte diesmal 6 Prozent (gegen 0 Prozent im Vorjahre) Dividende verteilen. Die Abschreibungen erreichten die stattliche Höhe von 322 000 Mk. In der Generalversammlung gab die Verwaltung mit Rücksicht auf die kommende Kriegsgewinnsteuer bekannt, daß sie bei der Aufstellung ihrer Bilanz schon genügend Rückst. sich darauf genommen habe. Die Höhe der Abschreibungen und der Kriegserbessefonds betragen die für die Zukunft der Verwaltung, und wenn die Kosten des Staatsbankrotts der Finanzen anfallen, dann werden sie an dem erhaltener Kriegserbessefonds nicht jeher zu tragen haben.

Die Deutsche Gramophona A.G., Gannover, schloß mit einem Verlust von 173 800 Mk. ab, der aus den Rücklagen gedeckt werden soll. Für das laufende Jahr hofft die Verwaltung auf ein besseres Ergebnis. — Die Danziger Oelmühle A.G. erzielte einen Rohgewinn von 222 814 Mk., von dem 102 241 Mk. zu Abschreibungen verwendet werden, so daß ein Reingewinn von 119 873 Mk. verbleibt, um den sich der Verlustvertrag von 348 908 Mk. ermäßigt. Der Geschäftsertrag teilt mit, daß die Mischmühle und die Stärkefabrik außer Betrieb waren. — Das Geschäftsergebnis des Geschäftsjahres 1914/15 blies bei der Generalversammlung der Gebrüder Gebr. S. in Charlottenburg hinter den Erwartungen des vorangegangenen Geschäftsjahres zurück. Der Reingewinn sank von 162 400 Mk. auf 128 000 Mk., die Abschreibungen wurden von 208 300 Mk. auf 110 000 Mk. ermäßigt. Die Ursachen des rückläufigen Ergebnisses werden auf Verteuerung der Rohstoffe, ungenügenden Absatz von Kohlenäure und mangelnde Absatzfähigkeit nach neutralen Ländern zurückgeführt. Die Reueinlage bei Magdeburg hat den Betrieb aufgenommen, konnte jedoch nicht in vollem Umfange arbeiten. Die Verwaltung bekennt, auf die im Besitze der Gesellschaft befindlichen 1250 eigenen Aktien keine Dividende, auf das noch verbleibende 2 1/2 Millionen Mark betragende Aktienkapital 4 Prozent Dividende zu verteilen. — Die Union, Fabrik chemischer Produkte in Steint, hat eine Verminderung des Nettogewinnes von 2,89 auf 2,63 Millionen Mark zu verzeichnen. Der Reingewinn betrug mit 1,3 Millionen Mark auf der gleichen Höhe. Es wird wieder eine Dividende von 10 Prozent verteilt. — Bei verminderten Abschreibungen, von 148 862 Mk. auf 35 867 Mk. erhöhte die Staßfurter chemische Fabrik, vormals Vorster & Gräbeberg, ihren Reingewinn von 453 449 Mk. auf 533 938 Mk.; es erhöht ihre Dividende von 6 auf 7 Prozent. — Die chemische Fabrik Eintrags in Barmen erzielte auf das 600 000 Mk. betragende Aktienkapital einen Reingewinn von 115 399 Mk. und erhöht die Dividende von 10 auf 12 Prozent. — Westfälische Holz- & Holzwaren-Fabrik A.G. für Holzfabrikation und chemische Industrie in Kalk abgekauften. Im Reingewinn sank bei verminderten Abschreibungen von 309 407 Mk. auf 264 941 Mk. Im Vorjahre wurden 4 Prozent, dieses Jahr wird keine Dividende verteilt. — Die Farbwerke, A.G., in Düsseldorf blieben dividendenlos. — Nach dem Bericht des Vorstandes sei das mit dem 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr fast ganz mit dem ersten Kriegsjahr vergleichbar. Die Verwaltung hat unter dem Krieg besonders zu leiden; sie mußte nicht nur die durch den Krieg verursachten Kosten tragen, sondern auch eine beträchtliche Steigerung aller Ausgaben als Folge der ganz bedeutenden Verminderung der Erzeugung. Der Reingewinn sank auf 34 783 Mk. und erhöht sich einschließlich Zinsen auf 60 668 Mk.; davon werden auf Kasse und Beteiligungsgewinn 51 264 Mk. (50 243 Mk.) abgeführt, 3000 Mk. der ordentlichen Rücklage zugeführt und auf neue Rechnung 7301 Mk. (25 833 Mk.) übertragen. — Verhältnismäßig gute Ergebnisse verzeichnen die Schwäbischen Bad- und Farbenfabriken, A.G., in Offenburg. Der Reingewinn sank zwar von 237 189 auf 226 490 Mk.; es werden jedoch wieder 15 Prozent Dividende verteilt. Die Abschreibungen wurden um rund 9000 Mk. ermäßigt. In Lantmann werden 49 697 Mk. veranschlagt. — Die Würzburger Soda-Fabrik in Würzburg hat wegen ihres Reingewinns von 23 484 Mk. auf 26 208 Mk. und verteilt wieder 10 Prozent Dividende. — Das Salzwerk Heilbrunn, A.G., in Heilbrunn erzielte im Jahre 1914/15 einen Reingewinn von 469 400 Mk. gegen 636 374 Mk. im vorangegangenen Geschäftsjahre. Es gelangen statt sonst 10 Prozent 9 Prozent Dividende zur Verteilung. — Die Superphosphat-Fabrik Roddenham, A.G., in Roddenham erzielte 434 496 Mk. Reingewinn. Es werden davon 150 000 Mk. als Kriegserbessefonds verwendet und 3 Prozent Dividende, gegen 6 Prozent im Vorjahre, verteilt. — Die A.G. Farbwerke Leobrunn erzielte ihre Dividende von 3 1/2 auf 4 Prozent.

Aus der Metall-Industrie.

Für Kalkfälsche besteht bekanntlich das Ausfuhrverbot, weil sie nicht nur als Düngemittel Verwendung finden, sondern aus ihnen auch Sprengstoffe hergestellt werden können. Besonders große Mengen Kalkfälsche bezog Amerika bis während der Kriegsbauer auf diese Düngefälle verzichtet muß. Natügemäß ist man jenseits des Ozeans bestrebt, Kalkfälsche in eigenen Lande aufzufahren, um sich von Deutschland unabhängig zu machen. Schon mehrmals wurde gemeldet, daß an diesen und jenen Stellen Kalkfälsche gefunden worden seien, aber immer wieder erpöppelten sich die Mitteilungen als Enten. Gewinnbringende Kalkfälsche finden sich in Amerika nur in dem Seelago. Es sind dies Meeresgewächse, die schließl. Kalkfälsche aus dem Meere aufgenommen haben. Die Gewinnung lohnt sich jedoch nur unter Ausschluß der deutschen Konkurrenz. Zurzeit ist nach den Mitteilungen der „New Yorker Handelszeitung“ keine Aussicht, daß diese Kalkfälschgewinnung das Interesse amerikanischer Kapitalisten erregen wird, obgleich für den Preis von 800 bis 1000 Mk. keine Löhne Kalk zu haben ist. Armour u. Co. verfügen über eine solche Anlage, die täglich ganze 25 Tonnen Kalkfälsche liefert.

Nach Lage der Sache wird nach Friedensschluß in der deutschen Kalk-Industrie eine noch nie gekannte Konkurrenz einsetzen, um das Ausland mit Kalkfälschen zu versorgen. Es dürfte so sein, daß man sich für einen mehr Arbeiter als sonst üblich in der Kalk-Industrie Verwendung finden, was übrigens auch auf viele Zweige der gemischten Industrie zutreffen dürfte. Zurzeit liegt die Kalk-Industrie jedoch teilweise dämmernd. Vielfach können auch Kalkfabriken wegen Mangels an Rohstoffen ihre Aufträge nicht glatt erledigen. Naturgemäß wirkt dieser Umstand nachteilig auf die Geschäftsergebnisse ein. So haben die Adler-Kalkwerke, A.G., Döberstingen a. M. einen Verlust von 139 548 Mk. gegen 72 162 Mk. Gewinn im Vorjahre zu verzeichnen. Auch von andern Werken liegen die Nachrichten über Zubußen der Aktionäre und Gewerke vor.

Ursachen der Preissteigerung für Zündhölzer.

Die „Deutsche Zündwarenzeitung“ begründet in längerer Ausführungen die Erhöhung der Preise für Zündhölzer. Wenn sie dabei auch über Mangel an gelerntem Arbeiter nach, so wirkt das nicht fernerlich überaus auf den, der da weiß, daß gerade die Zündholz-Industrie durch Einziehungen zum Kriegsdienst wenig betroffen würde, weil sie sehr viel weibliche und jugendliche Arbeitskräfte beschäftigt, also solche, die zum Kriegsdienst nicht gebraucht werden. Es ist uns allerdings bekannt geworden, daß Zündholzarbeiter sich andere Beschäftigung gesucht haben, weil die Zündholzfabriken sich hartnäckig geweigert haben, der allgemeinen Preissteigerung durch eine angemessene Lohnaufbesserung Rechnung zu tragen. Den so erzeugten Mangel an gelerntem Arbeitskräften dürfen die Unternehmer aber nicht bellagen, denn sie haben ihn selbst verursacht.

Überzeugender wirkt schon der Hinweis auf die Verteuerung der Rohmaterialien. Statt des verhältnismäßig billigen Nippenholzes muß das teurere und weniger geeignete deutsche Pappelholz verwendet werden. Paraffin kostete früher 42 Mk., jetzt kostet es 190 Mk. pro Doppelzentner. Gummi-Traganth sinkt von 300 auf 800 Mk., Kolophonium von 48 auf 280 Mk. Auch das Stärkemehl ist im Preise erheblich gestiegen. Dieser allgemeine und erhebliche Steigerung der Rohmaterialpreise rechtfertigt ohne Frage einen entsprechenden Preisaufschlag. Aber der muß sich in angemessenen Grenzen halten und darf nicht auf eine Bewucherung der Verbraucher hinauslaufen.

Stützende Geschäfte.

hat die Mitteldeutsche Gummiwaren-Fabrik vorm. C. Peter in Frankfurt am Main im Jahre 1915 gemacht. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, für das am 30. September 1915 abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 8 Prozent zur Ausschüttung zu bringen. Abschreibungen wurden in Höhe von 925 132 Mk. (i. V. 553 231 Mk.) vorgenommen. Der Reingewinn beträgt 483 019 Mk. (i. V. 78 626 Mk.). Es ist dies die erste Dividende, die die Gesellschaft innerhalb der letzten 4 Jahre auszahlt. Noch vor wenigen Wochen wurde dem Arbeiterausschuß erklärt, die Firma könne eine Zehrungszulage nicht gewähren, die Geschäftslage sei zu schlecht. Nun mit einem Male stellt sich das Gegenteil heraus. Es geht doch nichts über „Bahrhaftigkeit“!

Explosion in einer Zuckerrabrik.

Am 9. Februar, morgens 6 1/2 Uhr, ereignete sich in Mülhensan der Zuckerrabrik Frankenthal eine folgenschwere Zuckerrabrik-Explosion. Von den in dem Raum beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen wurden 16 schwer und 12 leicht verwundet. Vier der schwer Verwundeten erlagen nach am Tage des Unglücks ihren Verletzungen. Davon waren zwei je 18, einer war 16 und einer 15 Jahre alt; es sind also durchweg jugendliche Arbeiter der Explosion zum Opfer gefallen. Der Betrieb der Fabrik wird, wie die Blätter melden, weitergeführt. — Wie wir nachträglich erfahren, ist inzwischen noch ein 51jähriger Arbeiter seinen Verletzungen erlegen.

Ruben die Rechte von Ersatzkassenmitgliedern, die ihrer Militärpflicht genügen?

Die zum Militär eingezogenen Mitglieder von Ersatzkassen haben bekanntlich nach § 214 der Reichsversicherungsordnung noch Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, wenn der Versicherungsfall binnen drei Wochen nach dem Ausgehenden aus der Kasse eintritt. Vorausgesetzt, daß der Versicherte in den zwölf Monaten vor seinem Ausgehenden mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen versichert war.

Der also in den ersten drei Wochen verwundet wurde, erhält von seiner Krankenkasse Krankengeld, Stach der Soldat an der in den ersten drei Wochen erhaltenen Verwundung, so mußte auch Stachgeld gezahlt werden. Der Anspruch nach diesem § 214 fällt weg, wenn der Soldat sich im Ausland aufhält.

Die Ersatzkassentafel der Schuhmacher in Hamburg weigerte sich, einem am 3. August 1914 eingezogenen und am 21. August 1914 verwundeten Braunschweiger Mitgliede Krankengeld und den Stach zu zahlen, da der Soldat am 25. August verstarb, das Stachgeld zu zahlen, obwohl die Verwundung innerhalb der ersten drei Wochen geschah war. Aus andern Gründen wurde die Weigerung zur Zahlung vom Kassenvorstande damit begründet, daß nach dem § 6 der Statuten die Rechte und Pflichten der zum Militär eingezogenen Mitglieder während dieser Zeit ruhen. Dem Arbeitervertreter Braunschweiger wurde der Vorstand darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem § 507 der Reichsversicherungsordnung die Ersatzkassen gesammelter, den Versicherungsmitgliedern mindestens die Regelleistungen der Ersatzkassen zu gewähren. Auch der § 16 der eigenen Statuten stellt die Verpflichtung unter allen Umständen dar. Die Reichsversicherungsordnung ist ein Reichsgesetz und kann der § 214 nicht durch den § 6 der Statuten aufgehoben werden. In den Regelleistungen gewährt aber das Stachgeld. Der Vorstand der Kasse teilte zu der prinzipiell wichtigen Frage des § 6 der Statuten außer andern Gründen das Folgende mit:

„Insbesondere aber ist die Forderung auf Stachgeld nicht gerechtfertigt hinsichtlich § 6 der Statuten, wonach die Kasse und Stach während der Militärzeit ruhen. Ihre Befreiung, daß diese Befreiung der schließlichen Bedeutung entbehre, ist unzutreffend. Die Befreiung ist nach eingetragener Verhandlung mit dem Kaiserlichen Justizamt, um einen etwaigen Eintrag der Kasse infolge des Krieges zu vermeiden, in die Statuten aufgenommen worden.“

Weiter fügte sich der Vorstand darauf, daß auch das Reichsversicherungsamt mit dieser Bestimmung in § 6 die Kasse als Befreiung gelassen hat. Folglich könne nicht behauptet werden, daß diese Bestimmung keine Gültigkeit haben soll.

Es wurde nunmehr beim Kaiserlichen Justizamt Klage gegen die Kasse erhoben, die aber abgewiesen wurde, weil dieses Gericht unzulässig einmache, die Verwundung und der Tod seien im Ausland erlitten.

Aus diesem Grunde blieb die in der Ueberschrift gestellte Frage ganz unberücksichtigt. Das Landgericht Braunschweig beurteilte aber die Kasse zur Zahlung, indem es in dem Urteil vom 1. Dezember 1915 erklärte:

„Die in § 214 normierten Verpflichtungen sind von den Ersatzkassen unbedingt zu erfüllen. Soweit der § 214 der Reichsversicherungsordnung Platz greift, ist § 6 der Satzung der Zentral-Krank- und Sterbekasse der Schuhmacher in Hamburg unwirksam.“

Diese Entscheidung ist für alle Ersatzkassenmitglieder sehr wichtig, falls noch Ersatzkassen bestehen, die eine ähnliche Bestimmung in der Satzung haben. Wer also als Soldat in den ersten drei Wochen nach dem Ausgehenden aus einer Ersatzkasse von dieser im Falle einer Krankheit keine Unterstützung erhielt, muß sich sofort unter Berufung auf das Urteil des Landgerichts Braunschweig (Geschäftsnummer 9 T 50/15 — 70) an seine Ersatzkasse wenden und das Krankengeld nachverlangen. Dasselbe Recht haben die Erben betriebs des Sterbekasses.

Unser Verband in der 79. Kriegswoche.

Für die Woche vom 31. Januar bis 6. Februar haben 299 Zahlstellen ihre Berichtsarten eingeleitet. Das sind 26 weniger als in der Vorwoche. Da jedoch einige größere Zahlstellen, deren Berichte in der 78. Woche fehlten, für die 79. wieder berichtet haben, dafür nur kleinere ausgefallen sind, ist die Zahl der Mitglieder, über die berichtet wurde, noch um rund 1200 größer als in der Vorwoche. Die 299 berichtenden Zahlstellen hatten bei Kriegsbeginn 181 227 Mitglieder, darunter 23 662 weibliche. Am Schluß der 79. Berichtswoche hatten sie noch 75 956 Mitglieder, darunter 16 359 weibliche. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat um 97 968, die der weiblichen um 7303 abgenommen. Von den fehlenden 97 968 männlichen Mitgliedern waren jedoch 80 017 zum Kriegsdienst eingezogen, so daß ein tatsächlicher Verlust von 17 951 männlichen Mitgliedern bleibt. Arbeitslos waren in der Berichtswoche 245 männliche und 614 weibliche, zusammen 859 Mitglieder. Als Unterstützung an Arbeitslos wurden in den berichtenden Zahlstellen 2424 Mk. ausgegeben. 17 1/2-jährig krank waren 1269 männliche und 348 weibliche, zusammen 1617 Mitglieder. Als Krankenunterstützung wurden 11 217 Mk. ausgegeben.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingeleitet werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtsstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 männlichen Mitgliedern
8. August . . .	17 663	8,5	34 388	19,2
5. September . . .	23 788	11,5	44 429	24,6
3. Oktober . . .	17 329	8,3	48 876	26,4
7. November . . .	9 293	6,3	51 561	28,4
5. Dezember . . .	6 966	5,0	54 428	30,0
2. Januar . . .	6 580	4,8	57 170	31,4
6. Februar . . .	5 340	4,1	60 089	33,2
3. März . . .	3 450	2,7	65 045	35,7
2. April . . .	2 310	2,0	68 453	37,7
1. Mai . . .	1 321	1,2	71 883	39,1
5. Juni . . .	990	0,9	75 692	41,9
3. Juli . . .	919	0,9	78 584	43,5
7. August . . .	502	0,8	81 257	45,0
4. September . . .	328	0,8	83 412	45,8
2. Oktober . . .	692	0,7	85 878	47,6
6. November . . .	632	0,7	88 579	48,9
4. Dezember . . .	828	0,8	90 597	49,9
1. Jan. 1916 . . .	1 093	1,2	92 197	50,7
8. Jan. 1916 . . .	1 150	1,3	92 658	50,9
15. Jan. 1916 . . .	1 070	1,2	92 687	50,9
22. Jan. 1916 . . .	1 028	1,2	92 672	50,9
29. Jan. 1916 . . .	1 059	1,2	92 738	50,9
5. Febr. 1916 . . .	987	1,1	92 619	50,9

Die Zahl der Eingezogenen ist seit etwa 5 Wochen fast gleich geblieben; in der letzten Berichtswoche ist sie sogar nicht unbedeutend gesunken. Das mag zum Teil auf die eckfälligen Unsicherheiten solcher Umrechnungen zurückzuführen sein, es scheint jedoch auch, als ob tatsächlich jetzt, wenn nicht mehr, so doch ebensobiel vom Heeresdienst zurückgelehrt als noch eingezogen werden. Einmal letzten Kriegsbefehlshaber zurück, dann aber auch solche Eingezogene, die nur garnisondienstfähig oder arbeitsverwendungsfähig sind, die aber zurzeit im Heeresdienst nicht mehr gebraucht werden. Ferner werden auch Eingezogene für Arbeitszwecke beurlaubt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Resultatlose Tarifverhandlungen im Berggewerbe.

Unter dem Vorsitz des Direktors des Reichsamts des Zinn- und Kupfer-Gewerkschaftsverbandes am 11. und 12. Februar die am Reichsamt der Berggewerbe beteiligten Organisationen im Reichsamt des Zinn- und Kupfer-Gewerkschaftsverbandes in Berlin über eine unüberwindliche Verlängerung des am 31. März d. J. ablaufenden Tarifvertrages und über eine Tarifänderung.

Die Vertreter der Parteien wurden dahin einig, den Vertrag bis zum 31. März 1917 zu verlängern. Jedoch soll der Vertrag auf ein weiteres Jahr gelten, wenn nicht am 31. Dezember 1916 Frieden geschlossen ist. Bei der Beratung der Tarifverträge wußten die Unternehmervertreter verschiedentlich Einwendungen gegen die Notwendigkeit einer Tarifänderung zu machen. Schließlich ließen sie sich aber doch davon überzeugen, daß eine solche absolut notwendig sei, und sie erklärten ihr Einverständnis zu einer Einmündigungsfrist von 3 Pf. für die Erde bis zu 5000 Gewandern; für Orte mit ständiger Arbeitszeit soll ein Lohnzuschlag von 5 Pf. und für solche mit mehr als ständiger Arbeitszeit ein Zuschlag von 4 Pf. pro Stunde gewährt werden.

Später erklärten sie dieses Angebot in allen Fällen um einen Pfennig und ließen durchblicken, daß die Arbeiter auch durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch Überarbeiten zu größerem Einkommen gelangen können. Eine Ausnahme, auf die sie seit dem aufgetragenen Verlangen der Arbeiter nach Tarifänderung verfallen sind, und wonach sie außerdem auf ein einzigen Gluck gehaft haben, indem sie am die Zahlung einer Tarifänderung heringekommen sind.

Die Arbeitervertreter aller Organisationen ließen erkennen, daß sie auch das erhöhte Angebot bei ihren Mitgliedern nicht vertreten können, daß sie aber zu weiterer Verhandlung geneigt sind, jedoch es von irgendeiner Seite gewünscht wird, daß diese aber ein anderes Angebot als das heutige vorlegen müsse. — Damit waren die Verhandlungen beendet.

Berichte aus den Zahlstellen.

Wann. Auch das zweite Kriegsjahr brachte unsere Zahlstellen erhebliche Mitgliederverluste. Es wurden immer mehr Kollegen zum Heeresdienst eingezogen. Da auf Grund der jetzigen Beschaffenheit an eine intensive Agitation nicht zu denken war, so konnten diese Verluste durch Bemühungen nicht ausgeglichen werden. Die Kassenmitglieder waren gleichfalls sehr unglücklich. Die Einkünfte der Zahlstellen betrug 3409,30 Mk. die Ausgabe 1908,35 Mk.; davon entfallen ein Frank und 10 Heller auf 938,75 Mk., auf Kasse- und Heeresdienstleistungen 4150 Mk., und auf die Heeresdienstleistungen 924 Mk. Der Lohnzuschlag betrug am 1. Januar 1915 noch 124,38 Pf. am 31. Dezember 1915 war er

960,03 Mk. Die Mitgliederbewegung war folgende: Bestand Ende 1914 454, Ende des Berichtsjahres 20, Austritte 29. Zugewinn sind 4, abgereicht 20 Mitglieder. 63 Kollegen sind im Berichtsjahre zum Militär eingezogen. Der jetzige Bestand ist 153 Mitglieder. Im Berichtsjahre wurden acht Verwaltungen und neun Mitgliederbewegungen abgehalten. Da auf Grund der Kriegsverhältnisse an Einhaltungen der regelmäßigen Versammlungen nicht zu denken war, so hatten die in diesem Zeitraum amtierenden Bevollmächtigten oft recht schwere Stunden beim Erledigen der nötigen Arbeiten. Dennoch haben sie alle die Opfer gerne gebracht, wußten sie doch, daß es ihre Pflicht ist, das Schicksal unserer Organisation auch durch die stärkste Brandung der es umtobenden See zu führen. Bis jetzt ist es gelungen, möge es auch im Jahre 1916 gelingen.
Otto Müller.

Flensburg. Das Jahr 1915 hat uns den erhofften Frieden leider nicht gebracht. Wir stehen in einem weiteren Kriegsjahr, und ein Ende ist nicht abzusehen. Rücksehend auf das verfloßene Jahr müssen wir feststellen, daß die Zahl der Mitglieder Flensburg ganz außerordentlich unter der Einwirkung des Krieges zu leiden hatte. Während wir im Jahr vor Ausbruch des Krieges noch 1342 Mitglieder, so ging die Zahl bis zum 31. Dezember 1914 auf 665 zurück, und am 31. Dezember 1915 hatten wir nur noch 385 Mitglieder. 450 Mitglieder sind zum Heeresdienst eingezogen, eine große Anzahl von Mitgliedern ist ohne Abmeldung abgereicht; darunter befinden sich vor allen die Kollegen, die in Ziegeln und Kiesgruben arbeiteten und zum größten Teil aus Dänemark stammten. Aber es ist auch ein großer Teil von Mitgliedern der Organisation mitre geworden. Manche glaubten, daß die Verbände der Arbeiter nach kurzer Zeit des Krieges zusammenbrechen würden. Das zweite Kriegsjahr hat diesen Kollegen gezeigt, daß der Verband der Fabrikarbeiter allen Verhältnissen gewachsen war. Hat doch der Verband die schwere Zeit bis jetzt überstanden, ohne die Mitglieder besonders zu belasten. Wenn man die Leistungen den Einnahmen gegenüberstellt, wobei zu beachten ist, daß die Mitgliederzahl ganz bedeutend zurückgegangen ist, so haben wir wirklich Großes geleistet. Im Jahre 1913, also bei hohem Mitgliederstand, wurden in der Zahlstelle für Unterhaltungsarbeiten, ohne die Streit- und Maßregelungsunterstützung, 10.721 Mk. ausgegeben. Das Jahr 1914 mit einem 5 Monatsmonat ließ die Ausgabe auf 14.924 Mk. ansteigen. Im Berichtsjahre 1915 ging die Ausgabe zwar auf 9839 Mk. zurück, aber sie ist, gemessen an dem Mitgliederstand, weit mehr als doppelt so hoch wie im Jahre 1913. Von der Unterhaltungsabgabe des Jahres 1915 entfielen 1600 Mk. auf die Zahlstelle. Trotzdem hat der Mitgliederbestand noch die Höhe von 5285,60 Mk. am 31. Dezember 1915 gegen 5248,25 Mk. am 1. Januar 1915. Wir können also mit Recht sagen: Hat sich unser Verband bis jetzt auf der Höhe gehalten, so wird er auch weiter durchhalten zum Wohle seiner Mitglieder.

Die Wirtschaftslage ist im Gebiete unserer Zahlstelle nicht günstig. In Norddeutschland, soweit es zur Zahlstelle Flensburg gehört, ist in den für uns zuständigen Betrieben Mangel an Rohmaterial zu finden. Die Folge davon ist, daß teilweise mit verkürzter Arbeitszeit oder wegen Mangels an Rohmaterial nur mit Unterbrechungen gearbeitet werden konnte, oder auch, daß Betriebe ganz stillgelegt wurden, wie wir es besonders in der Ziegelnindustrie finden. Auf dem Lebensmittelmarkt sind in Flensburg die Verhältnisse gleichfalls sehr unangünstig. Nur in wenigen Städten Deutschlands hat die Notung die Höhe erreicht, wie hier am Ost. Die wertvolle Preissteigerung auch der Getreide, dieses Nahrungsmittels, machte es der Arbeiterklasse unmöglich, diese als Ersatz für andere Nahrungsmittel zu verwenden. Und das alles, trotzdem Flensburg ja von der Quelle liegt. Es ist selbstverständlich, daß diese Umstände nicht ohne Einfluß auf die Mitgliederzahl sind. Aber mit Solch können wir sagen: die Verbandsstärke ist während des Krieges nicht gesunken, sondern hat entgegen der Erwartung zugenommen. Die verschiedenen Mitglieder haben anstandslos ihre Pflicht erfüllt. Die Beitragsleistung ist geblieben, und zwar von 11,7 im 4. Quartal 1913 auf 12,2 im 4. Quartal 1914 auf 13,5 im letzten Quartal 1915. Eine weitere Beweisführung über die Verbandsstärke unserer Mitglieder und deren Pflichterfüllung enthält sich wohl. Eine erfolgreiche Arbeitstätigkeit konnte im vergangenen Jahre nicht vorausgesetzt werden, eine natürliche Folge des Krieges. Die Situation spricht sich deshalb selbst für die ausdauernde und unerschütterliche Mitglieder. In den letzten Jahren war ein Erfolg zu verzeichnen.

Die Besuche, Lernungsanlässe für unsere Kollegen zu erlangen, waren ohne großen Erfolg. Nur Versprechungen wurden in verschiedenen Fällen gemacht. Dieses haben wir in Erfahrung gebracht, indem wir auch nicht feststellen. Hierbei wollen wir nicht vergessen hervorheben, daß es keine Lernungsanlässe ist, wenn die Arbeiter durch eine solche lange Arbeitszeit einen Verlust erleiden. Die Arbeiter, die gleichmäßig gegen eine geringe Arbeitszeit sind, verabschieden sich an ihrer eigenen Gesundheit, bringen aber auch, daß ihre im Felde stehenden Kollegen wieder produktiver, und wenn dann der Arbeiter nicht genügend genug ist, so ist der Gesundheitszustand ohne Erfolg. Also auch in dieser Zeit muß ein möglichst großer Arbeitszeit gegeben werden.

Im vergangenen Monat unserer eingezogenen Kollegen wurden wir von der Zahlstelle informiert, daß unsere Verbandsstärke gegen die 400 Kollegen die Zahl 71 betrug, was bedeutet, wir hätten schon die 400 Kollegen. Das Verhältnis nach der Verbandsstärke ist aus dem Beispiel, daß wir auch beim Krieg wieder vorwärts kommen werden und deshalb nicht zurück gehen, die Hoffnung haben zu lassen. Zum Berichtsjahre haben wir an alle Kollegen im Felde, deren Namen wir erlangen konnten, ein Besuchsbescheinigung geschickt. Nur es muß nicht sein, was wir haben wollten, die 336 Kollegen in Frage kommen, so haben wir auch einen großen Teil davon, wie aus dem letzten Abschnitt hervorgeht.

Im vergangenen Monat haben wir über den Verlauf des Jahres nicht berichtet. Hat sich doch gezeigt, wie besonders die Organisation für die Mitglieder gewirkt hat. Um so wichtiger ist es aber uns, daß die verschiedenen Kollegen der Organisation in unserem Verbandsbereich entgegenkommen. Nicht nur zu Hause, sondern auch in der Arbeit der Organisation zu bestehen, damit die Distanz, die wir bei der Arbeit der Kollegen gegen uns verspüren werden. Die Besuchsbescheinigung wurde alle Kollegen Mitglieder werden dann einen weiteren Schritt weiter, wie es nach dem Fall war.

Das vergangene Jahr war ein sehr erfolgreiches für die Organisation. Die Besuchsbescheinigung wurde während des Krieges. Die hohe Mitgliederzahl war wieder sehr hoch. Der Grund war wohl die immer noch bestehende Organisation. Unter anderem wurde der Jahresbericht gegeben. Außerdem hat der Vorstand, Kollege Fr. Dinger (Hannover), einen Vortrag über: Die Bedeutung des Organismus für die Arbeiter gehalten. Dieser Vortrag erläuterte die Bedeutung des Organismus für die Arbeiter, wie es in der Zeitung, wo die Organisation nach dem Krieg ist, auch die wichtigsten Grundzüge hervorgehoben sind. Der Vortrag wurde von den Mitgliedern, wie es ist für die Organisation wichtiger Grundzüge zu verstehen, denn auch die Grundzüge der Organisation werden dann einen weiteren Schritt weiter, wie es nach dem Fall war.

besteht aus 4 Vertretern der Arbeitnehmer, 4 Vertretern der Arbeitgeber und einem unparteiischen Vorsitzenden. Die bestehenden Arbeitsnachweise der Arbeitgeber sollen baldmöglichst dem städtischen Arbeitsnachweis angeschlossen werden.

Arbeitslos meldeten sich im Berichtsjahre 1915 11 Kollegen an die 102,50 Mk. Unterstützung ausgezahlt wurden. Heiserunterstützung wurde an 33 Kollegen 106,90 Mk., Krankengeld an 50 Kollegen 1791,35 Mk. ausgezahlt. An Weihnachtunterstützung für 166 Frauen der im Felde stehenden Kollegen wurden aus der Hauptkasse 990 Mk. und aus der Zahlstelle 660 Mk. gezahlt. Der Zahlstellenbestand betrug am 31. Dezember 1914 5918,23 Mk., am 31. Dezember 1915 hingegen 4787,75 Mk., mithin hat sich das Vermögen der Zahlstelle um 1130,48 Mk. verringert. Bei Ausbruch des Krieges hatte unsere Zahlstelle einen Bestand von 516 Mitgliedern, davon 474 männliche und 42 weibliche. Bis Jahresabschluss 1915 waren 211 Kollegen zur Fahne einberufen, darunter 182 verheiratete und 29 ledige. Gefallen sind davon leider schon 77 Ehepartner und 2 Ledige, im ganzen also 79. Am 31. Dezember 1915 betrug der Mitgliederbestand 280 (241 männliche und 39 weibliche). Gegenüber der Mitgliederzahl bei Ausbruch des Krieges haben wir einen Verlust von 25 Mitgliedern; davon sind 4 verstorben, jedoch ein tatsächlicher Verlust von 21 Mitgliedern besteht. Der Mitgliederbewegung entsprechend sind auch die Einnahmen zurückgegangen. Im Jahre 1914 wurden 24.987 Beitragsmarken eintommen, 1915 dagegen nur 15.996; mithin 8391 Marken weniger. Die Durchschnittszahl der Mitglieder betrug 313, die der Beitragsmarken 51,2 pro Mitglied; im allgemeinen also noch ein guter Prozentfuß. Es muß nun unser eifrigstes Bestreben sein, unsere Organisation nicht nur während dieser schweren Zeit aufrechtzuerhalten, sondern ein jeder muß mit allen Kräften für die Erweiterung mitarbeiten. Es gibt noch viele, die den Wert der Organisation nicht erkannt haben. Da muß ein jeder mitarbeiten, daß auch der letzte Außenstehende sich uns anschließt. Dann können wir, wenn unsere Kollegen aus dem Felde heimkehren, sagen: Auch wir sind nicht müßig gewesen!

Stettin. Gleich zu Anfang des Jahres 1915 haben hier die Unternehmerrichtungen einen Beschluß gefaßt und durchgeführt, wonach in allen Betrieben, außer den Werften, eine Kriegszulage von 6 bis 10 Mk. monatlich gezahlt wird. In einigen Betrieben wurde allerdings trotzdem erst gezahlt, nachdem die Zulage v. Kollegen im Betriebe gefordert war. Zweimal genügt die Einberufung von Betriebsbesprechungen, in einigen Fällen ein Brief, um die Auszahlung der Kriegszulage zu veranlassen. Verhandlungen mit der Organisation ist man in allen Fällen aus dem Wege gegangen.

Einige Betriebe (Debmühlen, Schamottefabriken, Zementfabriken und Ziegeleien) halten den Betrieb nur eben amrecht. Die Chem.-Fabrik „Union“ in Grabow und verschiedene Ziegeleien ruhen vollständig. Die Kollegen dieser Betriebe fanden Beschäftigung auf den Werften und in den Betrieben, welche zur Kürtung- und Heeresanstands-Zubereitung gehören. So, wie die Zubereitung für die Beschäftigung des Arbeitsprojektes anpaßt, so suchen und finden unsere Kollegen auch in ihnen oft ganz fremden Betrieben zum Teil lohnende Arbeit. Die Anfangslöhne sind in diesem Jahre fast durchweg um 2-5 Pf. für die Stunde gestiegen. Die Betriebe mit geringen Löhnen bekommen meist nicht genügend Ersatz für die Einberufenen und beschäftigen in vielen Fällen Gekangene.

Der Beschäftigungsgrad besterht sich für die Kriegesgebliebenen naturgemäß durch die jetzt fehlende Zahl der zum Heeresdienst eingezogenen. Das Verhältnis der Eingezogenen und der Arbeitslosen zur Mitgliederzahl war für unsere Zahlstelle folgendes: Am 1. August 1914 zählten wir 5165 Mitglieder, davon 5048 männliche.

	Mitglieder	Eingezogene	Arbeitslose
Ende Dezember 1914	3423	1892	23
Ende Januar 1915	3250	1447	32
Ende April 1915	2380	1700	5
Ende Juli 1915	2098	1917	—
Ende Oktober 1915	1944	2073	2
Ende Dezember 1915	1877	2200	1

Diese Zahlen zeigen, daß der Arbeitsmarkt sich auch hier anders gestaltet hat, wie beim Kriegsausbruch geplant wurde. Trotzdem ist jedoch an ausgeglichene Arbeitslage in der Zeit vom 1. November 1914 bis 15. Mai 1915 außerordentlich die Summe von 485,35 Mk. gezahlt worden. Von den arbeitenden Kollegen wurden für diese Zwecke 13.964 Beitragsmarken à 10 Pf., also 1396,40 Mk., freiwillig abgegeben. Insgesamt waren im Berichtsjahre 144 Mitglieder arbeitslos gemeldet, die an 2066 Unterhaltungsleistungen und 864 Lernungsleistungen 2601,50 Mk. erhielten. 13 Heiratsleistungen für 35 Tage 45,90 Mk. waren gemeldet haben sich 647 Mitglieder, die für 10.073 Unterhaltungsleistungen bei 3882 Lernungsleistungen 14.373,30 Mk. erhielten. Erwerbslos waren insgesamt 804 Mitglieder 16.920 Tage. Bemerkenswert ist der hohe Prozentsatz an Unfällen, die wohl auf die vielfach geringliche neuen Arbeitsverhältnisse, in die unsere Kollegen kamen, auf die Eile bei der Arbeit und auf die oft sehr lange Arbeitszeit zurückzuführen sind. Für Heiratsleistungen wurden 65 Mk., für Krankengeld 415 Mk., für Sterbegeld 2910 Mk., für Kollagenunterstützung 200 Mk. gezahlt. Die Weihnachtsgabe für 1915 erhielten 1560 Familien insgesamt; sie betrug 9240 Mk. Insgesamt wurden 29.885,70 Mk. an Unterhaltungsleistungen aus der Hauptkasse gezahlt. Dazu kommen aus der Zahlstelle 992,60 Mk. für Kollagenunterstützungen. An die Hauptkasse wurden bei 11.913,68 Mk. gezahlt. Der Zahlstellenbestand betrug am Jahresabschluss 6088,98 Mk., wovon aber 2689,82 Mk., aus der Hauptkasse zurückgehalten, abgezogen sind.

Es hatten 41 Mitglieder ein; gestorben, ausgeschieden und gestrichen sind 811 Mitglieder; es reihen zu 28, es reihen ab 62 Mitglieder. Der reine Verlust beträgt 805 Mitglieder. Zum Heeresdienst eingezogen wurden im Berichtsjahre 639 Kollegen. Tausend oder verhältnismäßig mehr sind 53 Kollegen zurück. Im Felde gefallen oder gestorben gemeldet sind von 2200 Eingezogenen 167. Den Opfern des Krieges werden wir ein ehrendes Gedächtnis bewahren.

Am Anfang dieses Jahres haben wir gesagt, daß es viel Leid, Not und Notleid gibt. Das hat sich in seiner Wirkung auf das wirtschaftliche Leben und damit auf unsere Organisation, daß es jedoch hinter unsere Erwartungen zurückgeblieben ist. Für die Kollegen erwünscht aber die Beschäftigung, zumal in vielen Betrieben an ihre Pflichten gegen die Organisation zu erinnern. Die Notung der Verbandsstärke ist notwendig, denn auch beim Krieg wird hier die Organisation noch schwere Aufgaben im Interesse der ausgeleiteten Arbeiter zu lösen haben.

Wichtig. Im vergangenen Berichtsjahre waren trotz des blutigen Kollisions der Arbeitsverhältnisse für unsere Kollegen günstig. Arbeitslose hatten wir nur im 1. Quartal zu verzeichnen. Im 2. und 3. Quartal waren allerdings nur alle Betriebe; von 39 Organisationen sind nur vier im Betrieb, und auch diese arbeiten nur mit halber Kraft. Die Mehrzahl unserer Kollegen arbeiten entweder in Fabriken, welche Heeresleistungen liefern. Hierbei ist es für sie günstig, daß die Arbeitsverhältnisse gut ist. Durch die besser bezahlte und kürzere Beschäftigung, die unsere Kollegen auszuwählen haben, stehen hier am Ost zeitweise Arbeitskräfte, und die Zahlstellen waren dadurch gezwungen, eine Lernungsleistung zu gewähren. In Einzelheiten werden sich 45 bis 50 Pf. gezahlt. Andererseits werden auch Leistungen in den Betrieben bewährt.

Der Besuchsbescheinigung liegt alles zu wünschen übrig. Es ist nicht zu verhehlen, daß die Kollegen in dieser Hinsicht, unsere Zeit letzten Besuchsbescheinigung so gleichmäßig gegenüberstehen. Doppelte Pflicht ist es unseren Kollegen gegenüber, die brauchen im Felde stehen und ihr Leben einbringen, über den Besuchsbescheinigung zu halten. Durch diese Besuchsbescheinigung leidet auch unsere Organisation. Es könnte wunderbar Kollege gewonnen werden, wenn jeder Einzel bei der unvollständigen Besuchsbescheinigung würde. Aber viele Kollegen denken, die günstigen Arbeitsverhältnisse werden so gut werden, und dann ist der Besuchsbescheinigung nicht nötig. Diese werden aber später aus einem gewissen Grund kommen. Dann werden sie es bekommen, nicht mehr für den Verlust unserer Besuchsbescheinigung zu haben. Darum, Kollegen, werdet Mitglieder und bezeugt die Besuchsbescheinigung!

Die Besuchsbescheinigung unserer Zahlstelle ist jetzt auf 10 Besuchsbescheinigungen. Der 11. Besuchsbescheinigung, die hat jetzt fünf Besuchsbescheinigungen eingezogen oder bezogen sind. Das Besuchsbescheinigung wird in anderen Betrieben von den Frauen unserer eingezogenen Kollegen bezeugt, was wir hier als besonders ausdauerndem hervorheben wollen. Um die Besuchsbescheinigung mit unseren Kollegen nicht zu verlieren, sind in verschiedenen Betrieben eine Besuchsbescheinigung statt. Diese hat auch den Vorteil, daß es nicht die Besuchsbescheinigung unserer Zahlstelle ist, die es schwierig zu bezeugen. Die Besuchsbescheinigung der Hauptkasse betrug 11.889,75 Mk. Besuchsbescheinigung wurden für Arbeitslosen-Unterstützung 42,60 Mk., Krank-

Unterstützung 2625,30 Mk., Sterbegeld 800 Mk., Besuchsbescheinigung an die Frauen der Eingezogenen 1806 Mk., zusammen 5639,90 Mk. für Unterhaltungsleistungen. Die Zahlstelle hatte am 1. Januar 1915 einen Bestand von 2233,78 Mk. Die Einnahme betrug 4308,56 Mk., die Ausgabe 3677,55 Mk., der Bestand am 1. Januar 1916 war 2864,79 Mk.

Am 1. Januar 1915 hatten wir 639 männliche und 29 weibliche Mitglieder; eingetretene sind 6, vom Militär zurückgemeldet 12 Mitglieder. Ausgetreten sind 23, abgereicht 12, zum Heeresdienst abgemeldet 209 Mitglieder, so daß wir am 1. Januar 1916 insgesamt 442 Mitglieder hatten. Zum Militär eingezogen sind seit Beginn des Krieges 345 Mitglieder, davon sind 15 gefallen. Wir gedenken auch hier unserer gefallenen Kollegen in Ehren.

Zur Abrechnung bemerken wir noch besonders, daß Frau Lein Schütz, die Tochter unseres eingezogenen Kassierers August Schütz, seit Ausbruch des Krieges die Kassiererin war. Sie verwaltete diesen Posten in anerkannter Weise und war uns in allen anderen Angelegenheiten eine gute Mitarbeiterin und Beraterin. Die Kassiererin übernimmt nun wieder, da vom Heeresdienst entlassen, unter alter Kassierin Hellmuth. Wir begrüßen in ihm wieder einen tüchtigen Mitarbeiter. Die Wahlen, die der Krieg durch Einberufung in unsere Verwaltung gerufen hat, sind nicht immer wieder ausgefüllt worden. Kollegen, das muß anders werden! Aus dem Vorstehenden ersieht ihr, daß die Verwaltung auf dem Posten war. Tut nun auch eure Pflicht, haltet das Pfand heilig, das uns unsere Kollegen da draußen überlassen haben! Darum betrachtet unsern Verband nicht als Unterhaltungsverein, sondern auch als Kampforganisation! Nur wenn jeder Kollege dies beherzigt, können wir froh in die Zukunft schauen und uns freuen! „Es muß doch endlich Frühling werden!“
Paul Schumann.

Rundschau.

Die „Begehrlichkeit“ der Kriegerfrauen.

Der Landrat des Kreises Stuhm hat nach dem „Vorwärts“ folgende Bekanntmachung erlassen:

„Die wohlwollende Behandlung, die der Kreisrat seit Beginn des Krieges den Anträgen auf Gewährung von Familienunterstützungen hat angebahnt, hat bei bedauerlicher Weise bei vielen Frauen in Stuhm und Umgebung die Begehrlichkeit in einer Weise gesteigert, daß hierdurch eine ordnungsgemäße Bearbeitung begründeter Ansprüche gefährdet wird. Ich ordne daher hiermit an, daß in der Zeit vom 25. Januar bis zum 7. Februar keine Frau aus Stuhm, Parschagen und Rehlfeld persönlich auf dem Landratsamt einen Antrag oder eine Beschwerde in Familienunterstützungsangelegenheiten vorbringen darf. Weder ich noch mein Bureau werden derartige Frauen empfangen, sie werden vielmehr aus dem Kreisbüro gewiesen werden. Wenn hierdurch bedauerlicher Weise auch einzelne begründete Anträge in ihrer Bearbeitung unentbehrliche Verzögerung erfahren sollten, so wollen sich die dadurch Betroffenen bei ihren jeweiligen Pflichtgefühls baren verlogenen Mitgeschwestern bedanken.“

Wir wissen nicht, auf welche Vorurteile der Landrat sich bei seiner Bekanntmachung stützt, können aber nicht umhin zu sagen, daß man von einer Begehrlichkeit der Kriegerfrauen wohl nur in seltenen Ausnahmefällen reden kann. Die Frauen, die ihren Mann, den Vater ihrer Kinder, den Erzhörer der Familie, für das Vaterland hergeben müssen, haben ein Recht auf eine Versorgung, die sie gegen Not und Entbehrung schützt. Daß dazu in einer Zeit immer steigender Preise höhere Mittel erforderlich sind, als früher vorgelegen war, ist nicht verwunderlich. Steigende Ansprüche an die Versorgung sind also durchaus noch nicht ein Beweis steigender Begehrlichkeit. Ueberhaupt will es uns scheinen, als ob die vom Landrat des Kreises Stuhm gewählte Form für Bekanntmachungen an die Kriegerfrauen ganz und gar nicht geeignet ist.

Verbandsnachrichten.

Statistik - graue Karten.

Für den Monat Januar hatten trotz Mahnkarte bis zum 8. Februar nicht berichtet:

Ort	Zahlstellen	Mitgliederzahl		zusammen
		männlich	weiblich	
1	6	194	17	211
2	6	154	13	167
3	5	404	75	479
4	5	129	18	147
5	—	—	—	—
6	1	—	—	4
7	2	144	36	180
8	2	48	1	49
9	2	7	7	14
10	—	—	—	—
11	9	78	41	119
12	2	22	—	22
13	2	10	1	11
14	1	1	—	1
15	3	174	17	191
Im Verbands	46	1369	226	1595

Am 8. Februar 1916 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge zu:

- Grünberg i. Schl. —,70. Cronau 72,78. Altenburg (S.-A.) 1,—. Mühlberg 150,—. Gerbacht 1,35. Barmen 155,47. Brien 1,—. Jena 4,50. Görlitz 3,30. Mainz 2425,75. Parschagen i. W. 150,—. B. 3,50. Hannover 1496,31. Gerbacht 500,—. Barth 200,—. Soltau 25,94. Rheinfelden 20,82. Küstrin 4,10.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

- Barmen 13,30. Brien 8,55. Heidemühl 1,95. Dejan 43,—. Speier 10,25.

Schluss: Montag, den 14. Februar, mittags 12 Uhr.
Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1915 haben eingefandt:

- Cronau, Rheinfelden, Großhain, Kronach, Hannover, Soltau.

Verloren und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetretene in
417 232	Paul Kuhnrich	22. 11. 1865	3. 4. 1910	Goldberg i. Schl.
382 329	Heimer Brenner	5. 7. 1874	12. 12. 1909	Söln
514 013	August Vornhardt	22. 12. 1839	10. 3. 1912	Frankfurt
537 888	Frz. Vannam	21. 11. 1893	6. 9. 1913	Speier
348 252	Frz. Weichler	4. 9. 1863	4. 10. 1908	Speier
484 007	Hans Röß	3. 1. 1873	15. 3. 1911	Saxha
609 411	Friedrich Müller	31. 3. 1858	30. 5. 1908	Reinhardt
436 627	Oskar Willi Paul	26. 5. 1886	21. 8. 1910	Leipzig

Neue Adressen und Adressänderungen.

- Burg auf Schmarn. G. Meins, Güterstraße.
- Göppingen. Martin Hanzhaf, Ludwigstraße 5. Johann H. J. Schlotter, 5.
- Mühlberg. Adreas Reichenbacher, Güterstraße 217/1a.
- Job. Oppenheimer, Güterstraße 217/1a.
- Stettin. Gustav Lange, Karlstraße 4.